

daß die wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen Deutschlands naturgemäß nah dem Osten gerichtet sind.

Die imperialistischen Besatzungsmächte suchen diese natürliche Entwicklung des deutschen Handels offen und brutal zu verhindern. McCloy sagte zum Beispiel am 16. Juni 1950 in der Sitzung des „Studienausschusses für deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen“ in Düsseldorf: „Ich weiß, daß viele, wenn sie an Deutschlands wirtschaftliche Schwierigkeiten denken, die großen Gebiete im Osten im Auge haben und die Ausweitungsmöglichkeiten des Ost-West-Handels als Lösung der deutschen Wirtschaftsprobleme ansehen. Solche Gedankengänge mögen verlockend sein, aber sie für die Lösung der deutschen Wirtschaftsprobleme zu halten, ist eine Illusion.“

Zweifellos werden diese Auffassungen noch stärker an Boden gewinnen und die Stellung der Adenauerregierung untergraben. Unsere Politik in dieser Frage wird durch unseren Kampf für die Einheit Deutschlands auf demokratischen und friedlichen Grundlagen bestimmt. Es ist unser Bestreben, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland zu erhalten und zu entwickeln. Dabei sind wir der Auffassung, daß das Stahl-embargo und die sonstigen Schwierigkeiten, die dem innerdeutschen Handel von den westlichen Besatzungsmächten bereitet werden, eine Verletzung des New-Yorker Abkommens vom Mai 1949 über die Aufhebung der Beschränkungen auf dem Gebiete des Handels und des Verkehrs darstellen.

Ein Wort zur Politik der Shumaherschen Sozialdemokratie. Sie ist gegen die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und gegen die Entfaltung des nationalen Befreiungskampfes in Westdeutschland gerichtet. Die Spitzen der Sozialdemokratischen Partei waren die Initiatoren des Besatzungsstatuts und des Bonner Grundgesetzes. Sie haben damit den imperialistischen Westmächten geholfen, Westdeutschland in die Ketten einer halbkolonialen Versklavung zu schlagen. Nach Shumahers Amerikareise ließ er die früher mit viel Demagogie verkündeten Forderungen nach Sozialisierung und Entnazifizierung in der Versenkung verschwinden. Die gespielte Opposition der Spitzen der SPD und Gewerkschaften gegen den Eintritt Westdeutschlands in den Europarat war verlogen und unaufrichtig. Sie sollte den Unwillen der westdeutschen Arbeiter auffangen, die für den Frieden und gegen eine Unterstützung der aggressiven imperialistischen Politik Adenauers eintreten. Diese sogenannte Opposition der SPD-Führung bedeutet jedoch keine grund-